

16. Mai 1928  
2088  
Stuttgart  
1928.

# Der Gesellschaftler

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen  
„Freizeitsunden“ u. „Unsere Heimat“

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage  
„Haus, Garten u. Landwirtschaft“

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Trägerlohn  
M. 1.60; Einzelnummer 10 S. — Erscheint an  
jedem Werktag. — Verbreitetste Zeitung im  
O.A.-Bezirk Nagold. — Schriftleitung, Druck und  
Verlag von G. W. Jaiser (Karl Jaiser) Nagold



Anzeigenpreise: Die 1spaltige Bergzettel oder  
deren Raum 15 S., Familien-Anzeigen 12 S.;  
Kellamezelle 45 S., Sammelanzeigen 50% Aufschlag  
für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten  
Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für  
telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird  
keine Gewähr übernommen.

Telegramm-Adresse: Gesellschaftler Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postfch.-Kto. Stuttgart 5113

Nr. 115

Gegründet 1827

Freitag, den 18. Mai 1928

Fernsprecher Nr. 29

102. Jahrgang

## Ein preußischer Umschuldungsvorschlag

Wahlbluff?

Die Verschuldung in der Landwirtschaft bildet in der letzten Zeit eine der schwersten Sorgen der gesamten Bevölkerung. Das wird verständlich, wenn man sich noch einmal die Beträge ins Gedächtnis zurückruft, um die es sich insgesamt handelt, und die schwere Zinslast, die sie darstellen. Man schätzt die gesamte Realbelastung zurzeit auf etwa 5,9 Milliarden Reichsmark, davon etwa 3,1 Milliarden Reichsmark Aufwertungsschulden, die Personalbelastung zu Ende 1927 mit 4,1 Milliarden Reichsmark. Davon sind nur ein Viertel Milliarden Reichsmark mittelfristig, d. h. auf ein bis drei Jahre begeben.

Der Rest der Personalverschuldung setzt sich aus 1,8 Milliarden Reichsmark sogenannten Schwimmkrediten und rund 2 Milliarden Reichsmark kurzfristigen Krediten zusammen. Die letzten werden in der Hauptsache Wechselkredite sein.

Von den kurzfristigen Krediten schweben:

	Mill. RM.
bei der Rentenbank-Kreditanstalt	rund 240
bei der Preußenkasse	680
bei den landwirtschaftlichen Banken	100
bei den Sparcassen	220
<b>zusammen</b>	<b>rund 1240</b>

Der Gesamtbetrag würde mit rund 10 Milliarden Reichsmark also sogar noch hinter der reinen Vorkriegsrealbelastung von 13 Milliarden zurückbleiben; der Druck, den er ausübt, geht aber von der hohen Zinslast aus. Die Personalkredite, die teuren von beiden, stellen sich, soweit sie über die Rentenbank-Kreditanstalt gelaufen sind, für den letzten Kreditnehmer auf etwa 9 1/2 Prozent jährlich mit Ausnahme eines kleinen Betrags von etwa 100 Millionen Reichsmark, der aus drei- bis fünfjähriger Abzahlung von durchschnittlich 7 1/2 Prozent Zins begeben wurde. Bei den übrigen Kreditanstalten sind nur Schätzungen möglich, die auf etwa 9 bis 11 Prozent, bei den Wechselkrediten sogar bis auf etwa 12 bis 14 Prozent lauten, wenn man die Prolongationspensen der Wechsel einrechnet. Die in den letzten Wochen befristeten 11 m-

schuldungsaktion des Reiches, die vorsteht, über die Landesbankzentrale Auslandsanleihen herinzuholen, soll 200 Millionen Reichsmark umfassen, von denen aber zunächst nur 100 Millionen Reichsmark untergebracht werden können. Die Richtlinien dafür sind bereits genehmigt.

Der auf Preußen nach dem Anteil seiner landwirtschaftlich genutzten Fläche des Reiches mindestens entfallende Teil dieser ersten Anleihebranche liegt zwischen 63 und 64 Millionen Reichsmark. Preußen wolle aber mit Rücksicht darauf, daß sein Gebiet besonders stark notleidende Gegenden umfaßt (Ostpreußen, Pommern, Teile von Brandenburg, Hannover usw.) eine höhere Zuweisung beanspruchen. Grundfänglich sei die preußische Regierung bereit, unter verschiedenen Vorbehalten und Bedingungen an der Umschuldung sich mit etwa 100 Millionen im ganzen zu beteiligen, falls die preußischen Provinzen einen gleichen Betrag übernehmen. Der Betrag werde sich indes bedeutend verringern, da zu erwarten sei, daß auch verschiedene andere Länder sich beteiligen werden. Die derzeitigen Personal-, besonders die Wechselkredite sollen in Schuldchein-Darlehen von drei- bis fünfjähriger Laufzeit verwandelt werden, was Reichsbankdirektor Schacht übrigens durch die Hypothekenschuldenscheine der Goldbank durch die Landwirtschaft bekanntlich bereits früher in realer Weise durchgeführt hat.

Die preußische Regierung erklärt, daß die Rentenbank-Kreditanstalt der Reichsregierung und andere Stellen das Unternehmen durchführen müßten, namentlich sollen die obengenannten Kreditinstitute ihre kurzfristigen höher verzinslichen Kredite im Betrag von 1240 Millionen in langfristige billigere Schuldchein-Darlehen umwandeln. Mit anderen Worten: die Umschuldung sollen die Kreditinstitute tragen. Preußen werde nur einen verhältnismäßig bescheidenen Beitrag und diesen nur unter Vorbehalt leisten.

Die Blätter haben daher den preußischen Vorschlag nicht ohne Zweifel aufgenommen, vielleicht wird er sogar in der Presse als „Wahlbluff“ bezeichnet. Auf alle Fälle sind die deutschen Landwirte zu warnen, aus dem preußischen Vorschlag Hoffnungen abzuleiten, die sich nicht erfüllen werden.

## Die Wahlpflicht der deutschen Frau und Mutter

Nach dem neuen Wahlgesetz, das das Unterhaus angenommen hat und das auch allen Frauen vom 21. Jahre an das Wahlrecht gibt, könnte England von Frauen regiert werden. Denn sie haben in der Wählerchaft die Mehrheit, und zwar keine ganz kleine. Es wählen etwa 1 1/2 Millionen Frauen mehr als Männer.

Für Deutschland sind diese Zahlen genau noch nicht bekannt. Es ist aber anzunehmen, daß auch hier die Zahl der weiblichen Wähler die der männlichen übertrifft. Damit fällt den Frauen für den Tag der Wahl eine schwere Verantwortung zu. In ihre Hand ist in Wahrheit die Entscheidung gelegt, wie Deutschland während der nächsten vier Jahre regiert werden soll! Denn während der Lebensdauer des Reichstags, der am 20. Mai gewählt wird, soll menschlicher Voraussicht nach die Endsumme des Kriegskredits festgesetzt werden, den Deutschland noch zu leisten hat, dessen Jahresrate im laufenden Damesjahr 1750 Millionen beträgt, während sie vom nächsten Damesjahr ab die unerschwingliche Höhe von 2 1/2 Milliarden mindestens erreichen soll.

Wie tief diese Belastung, die in Wahrheit eine Ueberlastung ist, in das Leben des Volks eingreift, haben wir bereits in einem Artikel dargelegt. Die Wohnungsnot wird bedingt durch die jedes vernünftige Maß übersteigende Tributleistung, die Deutschland an das Ausland ohne Gegenleistung abzuführen hat. Der unerträgliche Steuerdruck, der der Arbeit die Freude nimmt, die maßlose Belastung des Verbrauchs, die kein Behagen mehr aufkommen läßt, alles das hat seinen Ursprung in der willkürlichen Belastung zugunsten fremder Gläubiger, die man dem deutschen Volk aufgeschuldet hat.

Aufgeschuldet hat, nachdem man ihm sein Auslandsvermögen, seine Handelsflotte, seine Kolonien, sein bestes Ackerland, einen wertvollen Teil seiner Bodenschätze, seine Verteidigungsmittel genommen, seine Währung ruiniert und ihm im inneren Ausverkauf seine letzten Sachwerte für ein paar Fehden ausländischer Papiere abgekauft hatte. Schon sind bald zehn Jahre seit Schluß des grausamen Krieges verstrichen, und immer noch stehen fremde Soldaten auf deutschem Boden, obwohl wir auf jeden Nachkrieg verachtet und der Wiedereroberung eines verlorenen Gebiets freiwillig abgetan haben. Bald vier Jahre sind seit der freiwilligen Annahme des Dames-Ausbeutungsplans vergangen, und immer wissen wir noch nicht, wie lange wir Sklavenarbeit für fremde Herren zu leisten haben, und ob ein Ende dieses Zustands überhaupt abzusehen ist.

Unsere fremden Zwingherren haben selbst das Gefühl, daß der Bogen weiter nicht überspannt werden darf. Es ist deshalb sicher damit zu rechnen, daß binnen Jahresfrist die Abänderung des Damesplans und die Festsetzung der Endsumme, die wir als Tribut für den verlorenen Krieg noch aufzubringen haben, spruchreif wird. Erträglich wird diese Endsumme aber nur festgesetzt werden, wenn ein starker und einheitlicher deutscher Wille sich jeder Unbestimmtheit und jeder Unerfüllbarkeit in der endgültigen Regelung widersetzt.

Das ist die Entscheidung, der sich alle deutschen Mütter und alle deutschen Frauen nicht werden entziehen können, ohne hinterher nicht noch manchmal den bitteren Stachel des Gewissens zu fühlen. Es geht um das unentbehrliche Behagen am häuslichen Herd! Es geht um das bühnen Lebensfreude, ohne die kein Segen auf der Arbeit von Mann oder Weib ruht! Es geht darum, wie lange die künftigen deutschen Erdenbürger noch als Lohnsklaven des Weltkapitalismus und von wann ab sie wieder als freie Menschen sollen geboren werden! Das, so sollte man meinen, sind Fragen, die niemand mehr angehen als die deutsche Frau.

## Neueste Nachrichten

Der Reichskanzler beim Reichspräsidenten  
Berlin, 17. Mai. Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichskanzler Dr. Marx.

Die Tarifierhöhung der Reichsbahn

Berlin, 17. Mai. Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern mit der Denkschrift der Reichsbahngesellschaft. Die Blätter vermuten, daß der Kabinettsrat die Tarifierhöhung abgelehnt habe, wenn auch nicht verkannt werde, daß die Reichsbahn die Mittel für neue Bahnanlagen aus den Betriebseinnahmen nicht decken könne. Die erforderlichen Mittel wären nach der Meinung der Presse etwa durch kurzfristige Anleihen zu beschaffen.

Im Fall der Ablehnung durch das Reichskabinett könnte die Reichsbahn gegen den Beschluß Einspruch beim Reichsgericht erheben. Würde das Gericht, das beim Reichsgericht gebildet ist und aus dem Vorsitzenden und je einem Vertreter der Reichsregierung und der Reichsbahngesellschaft besteht, dem Kabinettsbeschlusse beitreten, so könnte nach dem Schiedsgericht anrufen werden. Der Schiedsrichter (aus einem neutralen Staat) wird vom Präsidenten des internationalen Gerichtshofs ernannt.

## Tagespiegel

Nach der „Etoile Belge“ hat die belgische Regierung dem Prinzen Karol den Aufenthalt in Belgien unter der Bedingung gestattet, daß er sich politischer Tätigkeit enthalte.

Reichsjustizminister a. D. Dr. Heinze †

Dresden, 18. Mai. In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag verstarb nach dreitägiger Krankheit Reichsjustizminister a. D. Dr. Rudolf Heinze.

Die Durchführung des Kriegsschädenschlußgesetzes

Berlin, 16. Mai. Seitens des Reichenschädigungsamtes wurden die neuen Arbeiten am 13. April aufgenommen. Bis zum 14. Mai waren 5639 der dringenden Fälle mit über 14 Millionen Mark erledigt. Ausgezahlt worden sind 6,25 Millionen. In den übrigen Fällen war die Rechtskraft der Entschädigung abzuwarten. Das Amt beschäftigt 937 Kräfte, davon nach Abzug der unteren Bediensteten an sachlichen Arbeitern 164 Referenten und 396 Expedienten. Eine Austunftsstelle ist neu eingerichtet und erledigt täglich 130 Befugnisse. Es wird gehofft, daß die Arbeit des Amtes noch weiter gesteigert werden kann. Die großen Verbände der Geschädigten arbeiten in dankenswerter Weise mit. Einige kleinere Verbände ordnen sich leider nicht ein, sondern stören den Schluß der Arbeiten durch Vermehrung ausfichtiger Anträge usw. Zunächst werden die kleineren Fälle bis zu 20 000 Mark bearbeitet.

Eine chinesische Studienkommission in Berlin

Berlin, 17. Mai. In Berlin traf eine aus 17 Herren bestehende Studienkommission unter Führung des Präsidenten der ostchinesischen Eisenbahnen ein. Die Herren werden etwa 14 Tage in Berlin bleiben, industrielle Unternehmungen besichtigen und Fühlung mit Finanz- und Handelskreisen der Reichshauptstadt nehmen. Von Berlin reist die Kommission nach Leipzig und Hamburg.

\*

Katstagung ohne Stresemann und Briand

London, 17. Mai. Die „Times“ schreibt, Stresemann und Briand werden an der nächsten Tagung des Völkerbundesrats voraussichtlich nicht teilnehmen, was aber Chamberlain nicht abhalten dürfte, nach Genf zu kommen. Der Hauptpunkt der Tagesordnung werde der ungarisch-rumänische Streiffall sein.

Politisierung des italienischen Heeres

Mailand, 17. Mai. Der politische Vortrag, den gestern der faschistische Parteisekretär Turati in Gegenwart eines Vertreters des Kriegsministeriums und mehrerer Generale vor Offizieren der Garnison Parma hielt, ist nach übereinstimmenden Rundgebungen der Regierungspreffe gleichbedeutend mit der Einführung der faschistischen Politik in das Heer. Die Gazzetta del Popolo schreibt, die Absonderung des Heeres vom öffentlichen politischen Leben der Nation sei im sechsten Jahr der faschistischen Herrschaft nicht mehr berechtigt. Die Parteien seien abgeschafft, der Faschismus sei Staat und Revolutionsregime geworden, und das Heer könne seine Aufgabe nur erfüllen, wenn es den Zeitgeist erfasse.

Die Mächte bleiben in China neutral

London, 17. Mai. Tschangschin hat Peking verlassen und ist mit seinem Heer in die Mandschurei abgezogen. Man rechnet mit der baldigen Besetzung Pekings durch die Südjapanezen. Der Versuch der Japaner, einen breiten Schutzgürtel um Tientsin (südlich von Peking) zu legen, ist von den Mächten mißbilligt worden, da jeder Schein der Einmischung vermieden werden sollte. Nur die ausländischen Niederlassungen sollen geschützt werden, dagegen soll es den Südruppen freistehen, die Chinesenstadt von Tientsin zu besetzen. Den Ordnungsdienst in Peking hat die internationale Polizei unter dem schwedischen General Kunturs übernommen. Die japanische Gesandtschaft hat ihren Sitz von Peking nach Tientsin verlegt.

Das durch sowjetrussische Agenten ausgebildete Heer Fengnuziangs soll etwa 200 000 Mann, das südchinesisch-nationalistische des Generals Tschiangkaiſchek 100 000 Mann stark sein. Die Vorhut der südchinesischen Truppen hat die Vororte von Tientsin besetzt.

Der amerikanische Admiral Bristol hat sich nach Tientsin begeben. Er wird in Peking eine Besprechung mit dem amerikanischen Gesandten Mac Murray haben. Die 900 amerikanischen Staatsangehörigen in Tientsin sollen nicht abbeordert, sondern nötigenfalls unabhängig von den Besatzungen der anderen Mächte durch amerikanische Marine- und Truppen verteidigt werden. Erforderlichenfalls soll eine japanische Division nach Peking geschickt werden.

Der zurzeit in Paris weilende frühere Außenminister der Nanjingregierung ist nach Amerika abgereist, um Kellogg die wahre Sachlage in China darzulegen.



# Letzte Nachrichten

## Blutige Zusammenstöße zwischen Reichsbannerleuten und Kommunisten in Hamburg

Hamburg, 18. Mai. Am Donnerstagabend kam es in einem Lokal an der Vogelweide-Volkssdorfer Straße zu schweren blutigen Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten und Kommunisten. Die Kommunisten, die auf mehreren Propagandawagen herangelommen waren, drangen in das Lokal ein. Es entspann sich sofort zwischen ihnen und den im Lokal sitzenden Reichsbannerleuten eine schwere Schlägerei. Ein im Lokal sitzender Arbeiter wurde durch Kopfschlag niedergestreckt. Fünf weitere Arbeiter erlitten erhebliche Verletzungen, teilweise durch Bauch- und Brustschüsse. Ein sechster Mann hat erhebliche Kopfverletzungen durch Schläge erlitten. Die Scheiben des Lokals gingen bei dem Tumult zum größten Teil in Trümmer; die Einrichtung des Lokals wurde fast vollständig zerstört. Die Kriminalpolizei hat sofort eine Untersuchung eingeleitet.

### Führt Briand doch nach Genf?

Paris, 18. Mai. In französischen diplomatischen Kreisen glaubt man, daß Briand, wenn es sein Gesundheitszustand erlauben sollte, sich doch noch nach Genf begeben wird, um an den Arbeiten des Völkerbundesrates im Juni teilzunehmen, weil die Fragen, die diesmal auf der Tagesordnung stehen, insbesondere die Regelung des Zwischenfalles von St. Gotthard und die ungarische Optantenfrage französischerseits als wichtig angesehen werden.

### Unter der Anklage der wirtschaftlichen Gegenrevolution Kowno, 18. Mai. Einer Moskauer Meldung zufolge

hat in Nachtsch-Kala (Dagestan) unter großem Andrang des Publikums ein aufsehenerregender Prozeß begonnen. Die Leiter der dortigen amtlichen Weinbaugesellschaft sind angeklagt, wirtschaftliche Gegenrevolution getrieben zu haben. Sie werden beschuldigt, in der Gesellschaft ausschließlich frühere Kaufleute, Industrielle, und Offiziere untergebracht zu haben, die hauptsächlich in ihre Tasche arbeiten und dadurch dem Staat einen Schaden von 2 Millionen Rubel zugefügt hätten.

### Blünderungen in Tsingtau. — Beunruhigung wegen des Schicksals deutscher Mönche und Klosterfrauen

Paris, 18. Mai. Nach einer Meldung aus Tokio sind in Tsingtau etwa hundert Geschäfte geplündert worden. Die japanischen und chinesischen Behörden gehen bei der Unterdrückung der Gewaltsatte gemeinsam vor.

Nach einer Agenturmeldung aus Schanghai ist man über das Schicksal der deutschen Franziskanerinnen und Klosterfrauen, die sich in Tsingtau befinden, sehr beunruhigt, da von ihnen seit einigen Tagen keine Nachricht mehr vorliegt.

## Aus der Deutschen Turnerschaft

### Ausflug des Turnvereins Nagold

Wenn sich auch viele Mitglieder des Turnvereins durch die mürrißige Miene abhalten ließen, die der Wettergott gestern morgen aufgesetzt hatte, so fanden sich doch eine stattliche Anzahl ein, um den Ausflug des Turnvereins mitzumachen. Und die 27 wanderfrohen Turner und Turnerinnen hatten es nicht zu bereuen. Nach Verlassen der Bahn in Eutingen hörte der Regen ganz auf und auf

trockenen, staub- und schmutzfreien Wegen ging's über Rohrdorf das idyllische Waldtal hinab nach Bahnhof Eyach und das schöne Eyachtal hinauf. Lachen, Scherzen und frisch-fröhliche Turnertücher schufen sofort die rechte Stimmung, die auch den ganzen Tag über anhielt. Ueber Mühlingen ging's nach Imnau mit seinen Badegebäuden und den zerstreut im Wiesengrund eingebetteten Häusern. Nach froher Raft und Stärkung ging's zurück durchs Wiesental über Mühlingen nach Nordstetten und dann vollends hinunter nach Horb. Mit den Horber Turnfreunden, die uns an der Redarbrücke begrüßten und den inzwischen angekommenen Nachzügeln, die die Zahl auf über 40 erhöhten, verlebten wir einige frohe Stunden, die nur zu rasch vergingen. — Der neueingelegte Sitzzug brachte uns in 30 Minuten wieder ins Heimatstädtchen, wo man sich trennte in der Gewißheit, einen schönen Tag im Turnverein verlebt zu haben. Denjenigen aber, die sich durch das scheinbar schlechte Wetter abhalten ließen, möchten wir zurufen: das nächste Mal mehr Mut, 's wird nie so schlimm, wie's aussieht. „Gut Heil!“

### Beilagen-Hinweis

Unserer heutigen Gesamt-Ausgabe liegen „Wahlnachrichten der Deutschen Volkspartei“ Nr. 3 und grüne Flugblätter des Bauern- und Weingärtnerbunds bei; ferner enthält eine Teilausgabe Flugblätter der Löwenlichtspiele, hier. Sämtliche Beilagen empfehlen wir der Beachtung unseres Leserkreises bestens.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

### Das Wetter

Eine flache Depression über Mitteleuropa behindert den Einfluß des westlichen Hochdrucks. Für Samstag ist wechselnd bewölkt, aber nur zu geringen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

### Amtliche Bekanntmachung.

#### Marktverlegung.

Die Gemeinde Ebhausen sucht darum nach, den jeweils am 24. Juni (Johannes der Täufer) fälligen Vieh- und Schweinemarkt dauernd am 29. Juni (Petrus und Paulus) abhalten zu dürfen. Fällt der Markttag auf einen Sonntag, so soll der Markt am nächstfolgenden Montag abgehalten werden. Einwendungen gegen dieses Gesuch sind binnen 14 Tagen — vom Ablauf des Tages der Ausgabe des Blattes an gerechnet — beim Oberamt anzubringen.

Nagold, den 16. Mai 1928.

Oberamt: Dr. Rauneker, Reg. Rat.

### Einladung.

Wir beehren uns hiemit Freunde und Bekannte zu unserer am

Sonntag, den 20. Mai

von nachm. 2 Uhr ab, im Saal, z. „Lamm“ in Emmingen stattfindenden

### Nachhochzeitsfeier

freundlichst einzuladen.

Albert Bauer & Auguste Bauer

Schlosser

in der

Wagenwerkstätte

Canstatt.

geb. Näpflein

Tochter d. Bahnhof-

vorstands J. Näpflein

in Emmingen.

### Fahrpläne und Kursbücher

vorrätig bei

Buchhdlg. Zaiser, Nagold

### Blumenmarkt.

Infolge großer Nachfrage am Samstag beim alten Kirchturner ausnahmsweise schöne Pflanzen.

Konkurrenzlos billig.

Ludw. Keck

Obst und Gemüse

Nagold, Telefon 76

### MODENSCHAU

Byon's illustrierte Zeitschrift für Heim- und Gesellschaft

Erscheint monatlich im Umfange von 58 Seiten in eleganter, mehrfarbiger Ausstattung 30 Seiten Mode 28 Seiten Unterhaltung

Über 120 neue Modelle in jedem Heft

Preis 70 Pfennig

Uneinbehrlich für Schneider - Vorrätig in der

Buchhandlung Zaiser, Nagold.

# Wähler und Wählerinnen!

Die Demokratie geht mit der Sozialdemokratie.

Die Demokratie liebäugelt ebenfalls mit Links.

Die kleineren Parteien (Volksrechtspartei und Christlicher Volksdienst) bekommen wahrscheinlich, wie in anderen Ländern, kein Mandat; diese Stimmen sind nutzlos abgegeben!

## Ihr müßt

## rechts oder links wählen

ein Mittelweg hat keinen Wert.

Was bedeutet eine

## Linksregierung?

Fürs Reich gibt Ihnen die französische Zeitung „L'Action Francaise“ die Antwort. Sie schrieb am 20. Januar 28:

„Wenn wir Deutschland wieder in dem erfreulichen Zustand der Auflösung sehen, in den der Sozialismus es 1922 und 23 gebracht hat, dann können wir aufatmen.“

Also, wer links wählt, besorgt die Geschäfte Frankreichs. Dieses hofft nach den bisherigen Erfahrungen auf weitgehendstes Entgegenkommen von einer etwaigen Linksregierung. Eine Rechtsregierung dagegen verbürgt Ruhe und Ordnung, Erhaltung unserer Währung und Milderung unserer Lasten.

Unter der bisherigen Regierung in

## Württemberg

hatten wir Dank der Sparsamkeit unseres Finanzministers

## die besten Finanzen unter allen deutschen Ländern

hatten die wenigsten Arbeitslosen in ganz Deutschland. Im Wohnungsbau steht Württemberg obenan. Für Kirche und Schule hat die Rechte alles getan, was irgend nur gegenüber der Steuerkraft des Landes verantwortet werden konnte.

Wenn Ihr Links wählt, bekommt Ihr den Einheitsstaat, den Volkspartei, Demokratie und Sozialdemokratie wollen. Das bedeutet die völlige Entrechtung Württembergs und Auslieferung an das Berliner Bonzen- und Judentum. Dabei ist der Einheitsstaat um keinen Pfennig billiger, als das seitwige System des Föderativstaates.

Oder wollt Ihr die Abschaffung der christlichen Schule?

Nun, das wollt Ihr nicht!

# Darum wählt am 20. Mai rechts

d. h. die Liste Nr. 2 für Land- und Reichstag

das ist

# Deutschnationale Volkspartei

(Württ. Bürgerpartei).



# Sozialdemokratische Partei

Am **Freitag** Abend 8 Uhr findet im **Löwensaal** in Nagold eine

## öffentliche Versammlung

statt.

Referent: Oberlehrer **Rözle-Münster**.  
Thema: Was hat uns die Rechtsregierung in Land und Reich in den letzten 4 Jahren beschert?

Wähler und Wählerinnen erscheint vollzählig!

2040

Das Reich und das Land brauchen eine feste Mehrheit. Nur die

## Sammlung der Mitte

verbürgt diese. Mit ihr allein ist es möglich, Regierungskrisen, die immer wirtschaftliche Erschütterungen im Gefolge haben, zu vermeiden.

Darum wählt Liste 6! **Deutsch Demokr. Partei.**

# Vorhänge

abgepaßt und am Stück in großer Auswahl.  
**Paul Räuchle, am Markt, Calw.**

## Wähler!

Wer wahrte Rechte Dir und Freiheit —  
Wer kämpft in Volk und Staat für Einheit  
An allen Orten, wo's auch sei —  
Die **Deutsch-Demokr. Partei.**

2059

**Wählt Liste 6!**

## Deutschnationale Volkspartei (Bürgerpartei)

### Öffentliche Versammlung

Unser Spitzenkandidat seith.

**Landtagsabgeordneter Bruno Roos**

spricht am **Freitag**, den 18. Mai, abends 8.45  
im **Traubensaal** über das Thema:

**4 Jahre württ. Regierungspolitik.**

Jedermann, besonders aber unsere Parteifreunde aus Stadt und Land, sind hiezu herzlichst eingeladen.

2055

### Gesunden

vor längerer Zeit kl., runde  
**Fischplatte.**  
Der Eigentümer kann sich bei der Pol.Wache melden.  
Kurhaus Waldlust.

### Hypotheken-Gelder

(140)  
von 500—150000 Mark werden gegen gute Sicherh. vermittelt. Anfragen unter **K. M. 100** postlagernd Glatten

### Auto und Kraftrad

Nach den Vorschriften für das Reichsgebiet mit neuesten Verkehrs-Zeichen zu nur 50  $\%$  vorrätig bei  
**Buchhandlung Zaiser, Nagold.**

### 1 gutgeh. Sattler- u. Polstergeschäft sucht **Teilhaber**

bei guter Anzahlung kann daselbe käuflich erworben werden: 4—5 Mann können ständig beschäftigt werden. Angebote befördert unter **B 110** Bernh. Horb a. Neckar. [140]

### Ehrliches, fleißiges **Mädchen**

das schon in besserem Hause gedient hat, auf 1. Juni gesucht.  
**Frau Dentist Kohler**  
2030 Calw.

# Wahlaufruf!

Die Rechtsparteien haben jetzt jahrelang in Deutschland geherrscht. Sie haben den Reichspräsidenten gestellt, sie sind die stärkste Partei der Reichsregierung, sie führen in **Württemberg**.

*Von all den reaktionären Versprechungen ist nichts erfüllt.*

Bei den Wahlen von 1924 haben sie sich von der nationalen Bewegung in die Macht tragen lassen; kaum aber waren sie warm geworden in ihren Ministerjesseln, da verleugneten sie alle ihre nationalen Ideale, um für den Geldsak des Großbesitzes zu sorgen. Sie haben die Kriegsschuldfrage nicht widerrufen, sie haben nichts für die Befreiung der Rheinlande getan, sie machen im Völkerbund mit, sie haben alles gutgeheißen, weswegen sie vorher die Sozialdemokratie und die Republikaner mit Schimpf und Schmutz bedekt hatten.

*Und was hat die Reaktion den Bauern gebracht?*

Die deutschnationalen Minister waren klägliche Verjager. Ihre Zoll- und Wirtschaftspolitik hat völlig Bankrott gemacht. Die Industriezölle verteuern die landwirtschaftlichen Maschinen, die Futtermittelzölle machen die Kleinbäuerliche Viehhaltung unerschwinglich teuer. Die Lebensmittelzölle verteuern auch den Kleinbauern die Lebenshaltung und zerstören die Kaufkraft der Verbraucher. Je höher die Zölle stiegen, um so schlechter wurde die Lage der Landwirtschaft. Die ganze reaktionäre Wirtschaftspolitik half nur dem Großgrundbesitz. Und dieser

*Großgrundbesitz benutzt die Kleinbauern nur als Vorspann*

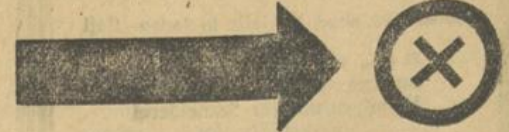
für seine eigensüchtigen Zwecke. Auch in **Württemberg** haben die Fürsten und Herren den Nutzen von dieser Zoll- und Steuerpolitik des Regime Bazille-Dehlinger. Sie sind die wirklichen Nutznießer der angeblichen Steuererleichterung in **Württemberg**. Der Bauern- und Weingärtnerbund führt durch seinen Anschluß an den Reichslandbund unsere Kleinbauern nur um so tiefer ins Elend. Man heßt sie gegen die Verbraucher auf, auf deren Kaufkraft sie doch angewiesen sind und lenkt sie vom eigentlichen Feind, dem Großgrundbesitz, ab. Die mehr als 3 Millionen deutscher Zwerg- und Kleinbauern haben weniger Land unter dem Pflug als 158 ostelbische Großgrundbesitzer.

*Der Großbesitz drückt sich von den Steuern und der Kleinbesitz muß die Leistungen aufbringen!*

Das darf nicht so bleiben! Das Landvolk muß erkennen, daß nicht Städte und Arbeiterchaft seine Gegner sind, sondern die Großgrundbesitzer und die reaktionären Parteien. Die Schiele und Reudell, die Bazille und Dehlinger und alle die Parteien, die in Reich und Land diese Politik mitgemacht haben, sind schuld an der Not der Landwirtschaft. Darum:

*Port mit den reaktionären Dienern der Großgrundbesitzer!  
Für die kleinen Leute in Stadt und Land!*

# Wählt Sozialdemokraten!



Liste 1

Berlin, 18. Mai. Die Reichsregierung hat heute in der Reichstagskammer der Abgeordneten eine öffentliche Sitzung abgehalten. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet. Der Reichspräsident hat die Rede gehalten. Er hat die Lage des Reichs besprochen. Er hat die Notwendigkeit betont, die Regierung zu erneuern. Er hat die Sozialdemokratische Partei als die einzige Partei bezeichnet, die die Interessen des Volkes vertritt. Er hat die Wahl der Sozialdemokraten für notwendig erachtet.

Die Grund... Berlin, 18. Mai. Die Reichsregierung hat heute in der Reichstagskammer der Abgeordneten eine öffentliche Sitzung abgehalten. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet. Der Reichspräsident hat die Rede gehalten. Er hat die Lage des Reichs besprochen. Er hat die Notwendigkeit betont, die Regierung zu erneuern. Er hat die Sozialdemokratische Partei als die einzige Partei bezeichnet, die die Interessen des Volkes vertritt. Er hat die Wahl der Sozialdemokraten für notwendig erachtet.

Berlin, 18. Mai. Die Reichsregierung hat heute in der Reichstagskammer der Abgeordneten eine öffentliche Sitzung abgehalten. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet. Der Reichspräsident hat die Rede gehalten. Er hat die Lage des Reichs besprochen. Er hat die Notwendigkeit betont, die Regierung zu erneuern. Er hat die Sozialdemokratische Partei als die einzige Partei bezeichnet, die die Interessen des Volkes vertritt. Er hat die Wahl der Sozialdemokraten für notwendig erachtet.

Zofio, 18. Mai. Die Reichsregierung hat heute in der Reichstagskammer der Abgeordneten eine öffentliche Sitzung abgehalten. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet. Der Reichspräsident hat die Rede gehalten. Er hat die Lage des Reichs besprochen. Er hat die Notwendigkeit betont, die Regierung zu erneuern. Er hat die Sozialdemokratische Partei als die einzige Partei bezeichnet, die die Interessen des Volkes vertritt. Er hat die Wahl der Sozialdemokraten für notwendig erachtet.